



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die holländische Colonialfrage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

werden, die Polemik, welche hier der „Rien“, dort die „Esperance“ unterhält, vergleicht man die hervorragenden Leistungen der Kanzelberedtsamkeit in beiden Lagern, und hält man vollends die wissenschaftlichen Leistungen, dort eines Guizot, eines Pressensé, hier eines Réville, Colani, Coquerel gegen einander, so wird man keinen Augenblick im Zweifel sein können, wem schließlich der Sieg gehören wird. Die Orthodoxen scheinen nicht zu ahnen, welche Konsequenzen es für sie selber haben muß, daß sie die Dinge auf diese Spitze stellten. Die Legitimation zu ihrem intoleranten Vorgehen schöpfen sie einzig daraus, daß sie bisher die Majorität in Händen haben. Diese Majorität aber kann sich bei jeder Wahl ändern, und sobald dieser Fall eintritt, sehen sich die Orthodoxen dem fatalen Dilemma gegenüber, entweder auf ihr Verlangen der Alleinherrschaft zu verzichten, oder aber mit dem Satze, daß sie mit den Liberalen nichts Gemeinschaftliches mehr haben, Ernst zu machen und als Secte, als Häresie aus der Kirche zu scheiden. Die Waffe, die sie jetzt gegen die Liberalen brauchen, würde sich gegen sie wenden, gerade wie einst am Ende der nachapostolischen Zeit die judenchristliche Partei theils der katholischen Partei sich anschloß und damit auf die Exklusivität ihrer Orthodoxie verzichtete, oder aber, sofern sie auf diesem Standpunkte verharrte, als Häresie aus der Kirche geschieden wurde oder vielmehr selbst sich von ihr schied. Die ernsteren Fragen würden sich freilich erst dann erheben, wenn sich die neue Richtung auch äußerlich den Sieg, d. h. ihre Gleichberechtigung erkritten hätte. Ob es möglich sein wird, daß eine Kirche unter dem Banner „Das Evangelium und die Freiheit“ ohne formulirte Glaubensartikel, ohne übersinnliche Dogmen besteht, ob die Religion nicht ein ihr wesentliches Element verliert, wenn die letzten Mythen und Legenden der Wissenschaft und Kritik zum Opfer gefallen sind, ob nicht die Gegensätze von Glauben und Wissen, anstatt dauernd versöhnt zu sein, nur in neuen Formen wiederkehren werden, — dies Alles sind Probleme, die noch ungelöst sind und die den Hintergrund der religiösen Kämpfe der Gegenwart nicht bloß in Frankreich bilden.

W. Lang.

Die holländische Colonialfrage.

Haarlem, Anfang Juli.

Unsere Colonialpolitik war bis zum Jahre 1848 in einen dichten Schleier gehüllt, der nur sehr allmählig und langsam gelüftet worden ist. Noch vor fünfzehn Jahren war dieselbe selbst dem gebildeten Holländer eine terra incognita. Liegt es doch in der Natur der Sache, daß man sich über Zustände, die man

nicht vor Augen hat, nur schwer ein richtiges Urtheil bildet. Nach Dingen, die fern abliegen, zu fragen und mühsame Quellenstudien über dieselben zu treiben, ist überdies nicht Jedermanns Ding. So ist es gekommen, daß unsere coloniale Frage nur sehr langsam gefördert und erst neuerdings in den Vordergrund gestellt worden ist.

Wenn von Hollands ostindischen Besitzungen die Rede ist, so versteht man darunter eigentlich immer nur die Insel Java, da die anderen — die sogenannten Außenbesitzungen — durchaus nicht in die Waagschale fallen. Die Gewürz-Inseln: Amboina, Banda u. s. w. sind durch die Politik der ostindischen Compagnie längst so tief gesunken, daß ihr früher viel begehrter Besitz zu einer Last geworden ist, und daß alle Mittel zur Hebung ihres Zustandes bis jetzt gescheitert sind. Die Besitzungen — Colonien kann man sie nicht nennen — auf Borneo, Sumatra und den übrigen größeren Inseln haben außer dem nördlichen Theil von Celebes ebenfalls keine Bedeutung. Auch ist die Verwaltung derselben von der Java's völlig getrennt und verschieden. —

Wie steht es nun mit Java? Nach dem bis jetzt geltenden „Cultursystem“ muß die Bevölkerung von Java der Regierung eine jährliche Steuer, die „Landrente“ zahlen, die sich von einem Fünftel bis zur Hälfte der ersten Ernte der cultivirten Ländereien beläuft. Die zweite Ernte ist frei. Nach orientalischem Begriff ist der Staat der Eigenthümer des Grund und Bodens und der Bauer, der denselben bearbeitet, hat nur ein gewisses Besitz- oder Gebrauchsrecht; die „Landrente“ kann als Pachtzins angesehen werden, nur daß das Besitzrecht des Inhabers unantastbar ist, so lange der Bauer seinen Verpflichtungen dem Staat gegenüber Genüge leistet. Diese Abgabe, die in Natura oder in Geld geleistet werden kann, wäre an und für sich nicht unzulässig, wenn sie nur gleichmäßiger vertheilt und geordnet wäre. Der Grundbesitz ist in Indien ein gemeinschaftlicher; jedes Dessa (Dorf) vertheilt jährlich die ihm zustehenden Ländereien unter seine Einwohner. Früher wurde meistens in größeren Zeiträumen vertheilt, aber das „Cultursystem“ machte eine jährliche Vertheilung nöthig. Der Dessa-Häuptling sorgt für die Eintreibung der Steuer; er wird von den Bewohnern gewählt und vertritt die Interessen des Dessa gegenüber der Regierung. — Daß ein so geordneter Communal-Grundbesitz nicht fördernd auf den Landbau wirken kann, versteht sich von selbst. — Die Bevölkerung Java's ist ferner verpflichtet, den fünften Theil des cultivirten Landes mit den Producten zu bepflanzen, welche für den europäischen Markt verlangt werden, hauptsächlich Kaffee und Zucker, da andere Artikel, wie Indigo u. s. w. als Verlust bringend nicht mehr verlangt werden.

Anlangend den Zuckerbau verpflichtet unsere Regierung die Bevölkerung

auf einem Fünstel ihrer urbaren Felder Zuckerrohr zu pflanzen und gegen äußerst geringen Preis an die europäischen oder chinesischen Inhaber der örtlichen Zuckermühlen zu liefern. Der Zuckermüller ist dagegen verpflichtet, der Regierung wieder zu geringem Preise sein Fabrikat zu verkaufen, wobei ihm jedoch immer noch ein beträchtlicher Gewinn bleibt. Der Lohn, den die Bevölkerung bezieht, beläuft sich dagegen durchschnittlich auf einige wenige Gulden für das ganze Jahr.

Die Bearbeitung des Kaffee's geschieht nicht wie beim Zucker im Großen, sondern sie ist einfacher und wird von den Eingebornen selbst betrieben. Das Product muß, sowie es in Europa an den Markt gebracht wird, an die Regierungsmagazine abgeliefert werden. Für das Picul Kaffee wird ein Preis von 3 bis 10 Gulden gezahlt, während der Werth 40 bis 50 Gulden beträgt. Auf diese Weise erhält eine Familie von fünf Personen, die beim Zuckerbau beschäftigt ist, jährlich zwischen $2\frac{1}{10}$ und 15 Gulden für hunderttägige Arbeit. Dafür muß nicht allein gesät, geerntet und das Product zubereitet, sondern auch die Plantage von Unkraut gereinigt werden, was bei dem tropischen Klima die Hauptarbeit bildet. Da der Kaffeebaum nur in einem Alter von 5 bis 15 Jahren trägt, muß ferner immer für jungen Anwuchs gesorgt werden. Nach dem Gesetz soll der Bevölkerung der Marktpreis nach Abzug von zwei Fünsteln für Landrente und 3 Gulden Transportkosten nach den Hafensplätzen, vergütet werden, was bei dem niedrigen Preise von 35 Gulden das Picul etwa 18 Gulden ausmachte. Demnach verdient die Regierung schon gesetzlich 10 Gulden an jedem Picul und bei einer jährlichen durchschnittlichen Ernte von 800,000 Picul 8 Millionen Gulden. — Daß die Bevölkerung Java's nicht freiwillig für so geringen Lohn arbeitet, und daß sie durch den angewandten harten Zwang demoralisirt wird, versteht sich von selbst.

Bekanntlich steht an der Spitze der ostindischen Regierung der Generalgouverneur mit viceköniglicher Gewalt. Unter ihm werden die 21 Provinzen (Residentien) Java's durch Residenten mit Assistenzresidenten und Controleuren verwaltet. Diese europäischen Beamten besorgen außer der Administration auch den größten Theil der Justiz. Jede Provinz ist in Regentschaften eingetheilt, an deren Spitze der inländische Regent mit ihm untergebenen Districts- und Dessa-Häuptlingen steht. Um die Bevölkerung zur Lieferung der Producte zwingen zu können, mußte die Regierung alle Beamten und hauptsächlich die Inländer (d. h. die Javanen) in ihrer Hand haben. Dazu hat sie folgende Mittel angewandt, durch welche das Interesse dieser Beamten mit dem der Regierung eng verbunden wurde: den Inländern unter den Beamten überwies die Regierung bald die Steuer einer gewissen Länderstrecke zur Belohnung, bald überließ sie ihnen so wie den Europäern

einen gewissen Procentsatz, (gewöhnlich ein Zehntel vom Werth) der von der Bevölkerung gelieferten Producte. Endlich errichtete sie aus den Familien der Häuptlinge eine Art inländischer Polizei.

Auf diese Weise wurden die vornehmen Javanen von der Regierung gegen das Volk gewonnen. Ja es wurde durch dieses System der Druck vermehrt, denn im Interesse dieser Beamten lag es, so viel Erzeugnisse als möglich pflanzen zu lassen.

Die Verwaltung Java's war auf diese Weise keine Regierung, deren Aufgabe es ist, Recht und Gerechtigkeit zu üben, sondern eine interessirte Partei, welche dem Volke gegenüberstand und Richter in eigener Sache war.

Nach altherkömmlichem Brauch (Adat) war die Bevölkerung Java's ferner verpflichtet, für ihre Häuptlinge einen von sieben Tagen zu arbeiten. Es war dieses eine Form der Besteuerung, die unter dem Namen von Herrendiensten seit unvordenklichen Zeiten bestand. Nun machte die Regierung zur Erhaltung und Errichtung ihrer öffentlichen Gebäude, Wege, Brücken u. s. w. auch noch Anspruch auf Herrendienste, die sie zuweilen bezahlte, meistens aber nicht*). Auch die europäischen Beamten maßten sich ein solches Recht an, so daß häufig die Zahl der Tage, an welchen der Javane ohne Lohn arbeiten mußte, auf 150 jährlich stieg. Zu diesen kamen dann noch die Tage, an denen er, wie erwähnt, für einen kaum nennenswerthen Lohn zu arbeiten hatte.

An Klagen über die Folgen dieses Zustandes hat es nicht gefehlt. Schon im Jahre 1844, also 14 Jahre nach der Einführung des „Cultursystems“ schrieb der „Direktor der Culturen“ G. L. Baud dem Generalgouverneur, es sei soweit gekommen, daß der Bauer häufig seinen zur Nahrung bestimmten Reis verkaufen müsse, um seine Steuern zu bezahlen, während er seinen Hunger mit Waldwurzeln stille. Derselbe Baud schrieb im Jahre 1847 dem Könige: „Wären nicht überall die directen und indirecten Vortheile des Mutterlandes die allein berücksichtigten Hauptmomente, so müßte die Erkenntniß der Schwierigkeiten, die mit der Indigocultur verbunden sind, und deren Einfluß auf die entseßliche Vertheuerung der Reispreise, nothwendigerweise den Entschluß hervorrufen, diese Cultur ganz aufzugeben.“ Aber anstatt auf diese Mahnungen zu achten, ging man auf dem eingeschlagenen Wege weiter fort; der Golddurst des Mutterlandes war nicht zu löschen, bis eine allgemeine Hungersnoth in den Jahren 1846 bis 1851 eintrat und in ihrer Begleitung der epidemische Typhus. Es war kein Mißwachs gewesen, da die Ernten den mittleren Ertrag überschritten hatten, und doch waren zahl-

*) Zu den unbezahlten Herrendiensten gehören: Personen- und Briefpostdienst, Gefängniß- und Nachtwächterdienst. Dazu kam noch, daß diese Dienste häufig in einer Entfernung von zwanzig Stunden geleistet werden mußten.

lose Menschen den Hungertod gestorben, hatten Eltern ihre Kinder für einen halben Gulden zum Verkauf angeboten. Und was that die Regierung? Im Anfange gar nichts — ja einzelne ihrer Beamten widersetzten sich den durch mitleidige Europäer vorgenommenen Reisvertheilungen. Während die Javanen Hungers starben, lieferte Java an die Niederlande noch jährlich einen Ueberschuß von durchschnittlich 12 Millionen Gulden, einen Ueberschuß, der vielleicht doppelt so groß gewesen wäre, wenn die Preise des Kaffees in jenen Jahren nicht so niedrig gestanden hätten. Diese Ueberschüsse, die in die niederländische Staatscasse geflossen sind, betrug vom Jahre 1840 bis 1864 die Gesamtsumme von 462 Millionen Gulden, in einigen der letzten Jahre selbst 35 Millionen jährlich.

An diesen Zahlen können Sie den Erfolg des „Cultursystems“ ermessen, zugleich finden Sie in ihnen aber auch die Ursache seines Entstehens und seiner Fortdauer. Gelddurst, oder will man milder urtheilen, Geldnoth hatten diese indischen Zustände geschaffen, und Geldnoth erhält sie. Die holländischen Finanzen waren in der letzten Zeit in günstigen Verhältnissen, die sie jedoch allein den indischen Zuschüssen zu verdanken hatten; ohne diese hätte unser Staatsbudget schon lange mit einem bedeutenden jährlichen Deficit schließen müssen.

An der Entstehung und Ausbildung des Cultursystems hat ein nur geringer Theil des holländischen Volks Antheil gehabt. Als nach der Entdeckung des indischen Seeweges die Portugiesen nach Ostindien kamen, fanden sie auf den Sunda-Inseln eine sanftmüthige Bevölkerung, die auf einer ziemlich hohen Stufe der Entwicklung stand. Diese Cultur hatte sich über den ganzen Archipel und noch weit darüber hinaus bis nach Cochinchina verbreitet. Zwar war durch den seit dem fünfzehnten Jahrhundert hereingebrochenen Islam ein Rückschlag eingetreten, aber die portugiesische und später die holländische Herrschaft beschleunigte diesen Verfall in jeder möglichen Weise. Die im Jahre 1602 errichtete ostindische Compagnie erhielt von dem holländischen Staate das Monopol des Handels mit den Ländern östlich vom Cap der guten Hoffnung. Sie begründete an verschiedenen Punkten des Archipels ihre Niederlassungen, theilweise als Erbin der vertriebenen Portugiesen, theilweise gründete sie neue Stationen. Auf die Verwaltung der neu erworbenen Länder ließ sie sich meistens nicht direct ein, sondern sie überließ dieselbe den inländischen Fürsten, denen sie dafür die Verpflichtung zur Lieferung verschiedener für den Handel bestimmter Producte auferlegte.

Die Preise dafür waren sehr willkürlich und niedrig; häufig wurde Nichts bezahlt. Außerdem trieb die Compagnie freien Handel mit den Eingeborenen, hauptsächlich in Zucker, dessen Production schon im vorigen Jahrhundert auf Java ziemlich bedeutend war. Erwuchs ihr aber bei diesem

Handel eine Concurrenz, die lästig wurde, so verbot sie mit einem Male alle Ausfuhr. Dadurch wurden natürlich alle Industrie und aller Handel gelähmt, die beide denn auch am Ende des vorigen Jahrhunderts sehr im Verfall waren.

Mit dem 1. Januar des Jahres 1800 übernahm der holländische Staat (die damalige batavische Republik) die ostindische Compagnie mit einem Deficit von 135 Million Gulden. So schlimm hatte die Compagnie gewirthschaftet, daß das Resultat für Ostindien ebenso unglücklich war wie für Holland: Und doch hatte sie seit ihrer Begründung jährlich durchschnittlich 19 Procent Dividende gezahlt. Nach Uebernahme der Verwaltung durch die holländische Regierung (unter dem General-Gouverneur Daendels) wurde das System der Pflichtlieferungen von Marktproducten beibehalten, jedoch mit einigen Verbesserungen; namentlich wurden bessere Preise bezahlt, und die ganz unbezahlten Lieferungen abgeschafft. Dagegen verpflichtete Daendels die Bevölkerung zum Bau einer großen Militairstraße durch die ganze Länge der Insel. Dieses ausgezeichnete Werk ist in außergewöhnlich kurzer Zeit, aber mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen die Eingeborenen, ausgeführt worden. — Es war darum nicht zu verwundern, daß die Javanen im Jahre 1811 den Einzug der Engländer mit Freuden begrüßten. Der englische Generallieutenant Raffles schaffte sofort das System der ostindischen Compagnie ab und führte dagegen das System der „Landrente“, so wie es noch jetzt besteht, ein. Die Einwohner konnten produciren, was sie wollten und damit nach Gutdünken Handel treiben. Aber schon im Jahre 1816 kam Java wieder an die Holländer, und obgleich diese im Anfang geneigt schienen, dem System des Generallieutenants Raffles zu folgen, so verließen sie dasselbe doch allmältig. Es scheint, daß König Wilhelm I. persönlich gegen die liberale, englische Einrichtung eingenommen war, und daß seine Regierung wegen ihrer lüderlichen Finanzwirthschaft darauf bedacht sein mußte, auf jede nur mögliche Weise von Java Vortheile zu ziehn. Dazu kam, daß Raffles Reformen auf Schwierigkeiten gestoßen waren, die nur durch die Zeit gelöst werden konnten. Aber im Mutterlande hatte man keine Zeit; die Schulden häuften sich entsetzlich und die Colonien kosteten jährlich noch einige Millionen. Zwar verbesserte sich der Zustand derselben sichtlich, ihr Deficit machte allmältig Ueberschüssen Platz, aber das Mutterland mußte Geld haben und zwar sogleich.

Die bestehenden Plantagen wurden Anfangs an die Einwohner verpachtet, und zwar mit der Verpflichtung dieselben zu unterhalten, und die darauf fallende Landrente zu bezahlen. Mit ihren Erzeugnissen konnten die Pächter damals nach Gutdünken handeln. Nach Ablauf des ersten Contractes aber im Jahre 1823 wurde den Pächtern bekannt gemacht, daß sie zur

Unterhaltung der Plantagen auch noch weiter verpflichtet seien. Zugleich wurde den Ausländern verboten, Magazine zu errichten, d. h. den Eingebornen jede Gelegenheit zum Verkauf ihrer Producte genommen. Allerdings machte die Regierung bekannt, zu welchem Preise sie die Producte kaufen würde und berechnete danach die Landrente; kamen aber die Producenten mit ihren Erzeugnissen, so weigerte sie unter irgend einem Vorwand die Annahme, um sich ihrer auf andere Weise zu einem Spottpreise bemächtigen zu können; häufig genug reichte der Ertrag nicht hin, die Landrente zu decken. Zwang und Erpressung waren wieder die Lösung geworden, und diese sollten um so mitleidloser geübt werden, als die Geldverlegenheit des Mutterlandes beständig stieg. Zu dem Aufstande des Diepo Negoro in Java (1825—1830) gesellten sich die belgischen Unruhen, und als im Jahre 1830 die Revolution ausbrach, sandte Wilhelm I. den Grafen van der Bosch mit der ausgedehntesten Vollmacht als Generalgouverneur nach Indien. Bosch ist der Schöpfer des „Cultursystems“. Der Erfolg desselben hat seine Erwartung sowohl wie die seiner Gegner übertroffen. Wohl erhoben sich einige Stimmen gegen das neue System, aber im Drange der Zeiten wurden sie überhört. Auch die Eingebornen Javas, die so lange geduldig ausgehalten hatten, widersetzten sich hin und wieder; aber die Widerspenstigen wurden ins Gefängniß geworfen oder mit Ruthen (Rotting) geschlagen. Noch im Jahre 1864 sind eine halbe Million Ruthenschläge an die Javanen ertheilt worden. Dafür hat uns Java seit der Einführung des Cultursystems mehr als 500 Millionen eingebracht, womit wir Schulden tilgen, Eisenbahnen bauen, unsere Landesvertheidigung bezahlen und — die Sklaven in Westindien freikaufen konnten.

Bei diesen glänzenden finanziellen Erfolgen und bei dem Dunkel, in welches die Regierung ihre Colonialpolitik zu hüllen wußte, war natürlich, daß das „Cultursystem“ zum goldenen Kalbe der Holländer wurde — bis mit der Constitution vom Jahre 1848 auch die Regierung der Colonien unter nähere Aufsicht der Kammern kam. Zunächst erhob der Abgeordnete Baron van den Hoevell, früher Prediger zu Batavia, öffentlich seine Stimme gegen das „Cultursystem“. Aber er fand so wenig Gehör, daß das „Cultursystem“ noch im Jahre 1854 neu bestätigt wurde. Van den Hoevell selbst wurde natürlich mit allen nur möglichen Lästerungen und Verleumdungen überhäuft. Aber dennoch brach die Wahrheit sich allmählig Bahn — Kammer und Regierung sahen sich bald veranlaßt, auf Verbesserungen zu denken. Der vor einigen Jahren entbrannte Streit über die Colonialfrage hat uns seit dem Jahre 1862 selbst sieben verschiedene Minister für die Colonien gebracht, aber zu einem durchgreifenden Resultat ist er noch nicht gekommen. Das Haupthinderniß einer Reform ist und bleibt unsere Finanznoth.

Die conservative Partei will natürlich den bestehenden Zustand erhalten und höchstens einige Mißbräuche abschaffen. Sie behauptet, der Indier sei durch natürliche Anlage und den Einfluß des Klimas faul und arbeite nicht mehr, als er zu seinem bescheidenen Unterhalte nöthig habe; der Arbeitszwang sei für ihn darum eine Wohlthat. Auf die jährlichen Ueberschüsse als eine Vergütung für die Mühe und Kosten seiner Verwaltung und seines sittlich hebenden Einflusses habe Holland zweifellosen Anspruch. Das Cultursystem sei für Java wie für das Mutterland eine Wohlthat gewesen und müsse darum erhalten werden. Die Kammern thäten am Besten, sich in die Verwaltung der Colonieen gar nicht zu mischen, der Regierung dürften nicht durch Gesetze die Hände gebunden werden u. s. w.

Die Liberalen wollen einen langsamen Uebergang vom Zwang zum freiwilligen Uebereinkommen. Der Javane soll künftig die Erzeugnisse, die er jetzt zu liefern gezwungen ist, freiwillig pflanzen, jedoch dürfen die großen Ueberschüsse der indischen Cassé nicht wegsfallen, sie müssen dem Mutterlande vielmehr erhalten bleiben. Die ganze Verwaltung soll gesetzlich geordnet und besser organisiert werden. — Auch die Liberalen halten daran fest, daß das Mutterland Recht auf die Ueberschüsse habe.

Die Radicalen und mit ihnen die „Christlich-nationale“ Partei des Herrn Groen van Prinsterer verlangen, daß Indien überhaupt nicht mehr ausgezogen werde, daß Holland nicht mehr die directen Vortheile in Form der Ueberschüsse erhalte, daß diese vielmehr zu Gunsten der Javanen verwendet werden. Die Abschaffung des Zwangsystems steht bei ihnen so ziemlich in zweiter Reihe, da sie sehr wohl begreifen, daß davon so lange nicht die Rede sein kann, als noch von Seiten des Mutterlandes Anspruch auf große Summen erhoben wird. Außerdem wollen sie, daß für die Entwicklung des Volkes Etwas gethan und daß eine durchgreifende Reorganisation der Verwaltung vorgenommen werde. Zur Charakteristik des gegenwärtigen Zustandes sei noch angeführt, daß auf der ganzen Insel höchstens 50 Schulen für Eingeborene mit etwa 7000 Schülern bestehen, was bei ca. 12 Millionen Einwohnern etwa Eine Schule auf 600,000 Seelen macht. Das sind die den Javanen aus der holländischen Verwaltung erwachsenen Vortheile. Die Vortheile, welche die Niederlande aus ihnen gezogen haben, werden wir gleich kennen lernen.

Die Liberalen haben nicht den Muth, das Uebel mit der Wurzel auszurotten, deshalb kommen sie zu der Ungereimtheit, daß sie die Aus Hungerspolitik verlassen und dennoch deren Nutzen behalten wollen. Ist es denn denkbar, daß der Javane freiwillig für den bisherigen geringen Lohn schwere Arbeit verrichten werde? Oder werden sich die Vortheile nicht bei wachsendem Arbeitslohn nothwendig vermindern müssen? Oder aber, kann die freiwillige

Production und damit der Wohlstand auf Java so sehr steigen, daß die dadurch erhöhte Steuersfähigkeit den Ausfall, den die höheren Löhne zur Folge haben müssen, decken würden? Nur in diesen drei Fällen wäre die Erhaltung der Ueberschüsse möglich. Aber die beiden ersten Fragen wird man sofort verneinen müssen, und ebenfalls die dritte, wenn man bedenkt, daß, wie wir gesehen haben, der Javane bei der gegenwärtigen Production kaum noch Zeit genug hat, um seine Reisfelder zu bestellen. Mit der Halbheit der Liberalen kommt man darum nicht weiter; entweder muß man das „Cultursystem“, so wie es ursprünglich organisiert war, fortbestehen lassen, oder man muß dasselbe mit allen seinen Consequenzen verwerfen. Veränderungen untergraben das System nur, ohne ihm seine schädlichen Wirkungen zu nehmen.

Will man Indien Recht wiederfahren lassen und Holland von der Schmach befreien, daß es von dem Schweiß eines unterdrückten Volkes lebt, so muß zuerst auf die indischen Ueberschüsse verzichtet und dafür gesorgt werden, daß anderweitige Mittel zur Bestreitung des Staatshaushaltes beschafft werden. Die Lösung der colonialen Frage muß in Holland, nicht in Indien beginnen. Solange unser Budget regelmäßig mit einem Deficit von ungefähr 15 Millionen schließt, werden wir nicht zum erwünschten Ziele gelangen. Die indischen Ueberschüsse haben seit Jahren unser Deficit decken müssen, sie haben uns verleitet, immer größere Ausgaben zu machen, und das große Elend unserer Colonialpolitik ist, daß sie uns gänzlich demoralisirt hat. Von 1846 bis 1866, also in über zwanzig Friedensjahren, sind unsere gewöhnlichen Einnahmen, ohne die indischen Zuschüsse, nur um 10 Procent, dagegen unsere Ausgaben (nach Abzug der Zinsen für unsere Schulden und der für außer-gewöhnliche Zwecke verwandten Summen) um 40 Procent gewachsen. Bei unserem veralteten Steuersystem und der drückenden Höhe der Abgaben (circa 20 Fl. per Kopf) war die Abschaffung einiger den Arbeiterstand am meisten drückenden Steuern durchaus zu rechtfertigen. Die Millionen, welche Indien uns geliefert hat, sind nützlich verwandt, aber der Gedanke, daß der Staat mit seinem indischen Gelde überall helfen muß, ist so allgemein geworden, daß aller Unternehmungsgeist aus dem Volke verschwunden ist. Unsere beiden ersten Eisenbahnen wurden von deutschem und englischem Gelde, die späteren vom Staat und nur zwei oder drei kleine Bahnen von holländischen Actiengesellschaften gebaut. Amsterdam's Hilferuf um eine bessere Verbindung mit der Nordsee erklang schon seit zwanzig Jahren und ein neuer Canal war zur Lebensbedingung für die Hauptstadt geworden. Als es aber darauf ankam, 20 Millionen Capital für eine solche Unternehmung auf Actien zu zeichnen, konnte die nöthige Summe nicht zusammengebracht werden, und das Land, welches jedem fremden Staate seine Millionen mit vollen Händen leiht, war zu engherzig, um eine verhältnißmäßig kleine Summe an einen nationalen

Zweck zu wagen. Schließlich haben englische Unternehmer Hilfe bringen müssen.

Aber der unglückliche Einfluß unserer Colonialpolitiker reicht noch sehr viel weiter. Da der Staat in Indien Landbauer und Händler ist, da er seine Erzeugnisse in Europa an den Markt bringen muß, es aber nicht für angemessen hält, mit den Käufern direct in Verbindung zu treten oder mit Ausländern zu thun zu haben, — so veranlaßte er im Jahre 1824 die Errichtung einer Actiengesellschaft unter dem Namen „Handelmaatschappij“, die als Agentin der Regierung fungirt. Alle Gouvernementsproducte werden in Indien an die Filialen dieser Gesellschaft abgeliefert, von dort mit holländischen Schiffen nach holländischen Häfen gebracht und hier an holländische Häuser verkauft. Dadurch ist für die Rhederei und den Handel ein so bedeutendes Monopol geschaffen, daß begreiflicher Weise ein ungünstiger Einfluß nicht ausbleiben konnte. So lange der Handel sich auf ein solches System stützt, kann er zu keiner freien selbständigen Entwicklung gelangen. Vom Handel Amsterdams kann man darum auch durchaus nicht sagen, daß er im Fortschreiten begriffen sei, wenigstens nicht in dem Maße, als man von einem so bedeutenden Plaze erwarten könnte. Eine Treibhauspflanze, wie sie durch unsere Colonialpolitik groß gezogen ist, muß bei dem ersten Sturm der freien Concurrrenz vernichtet werden. — Die Holländer rühmen sich der Freihandelspolitik eifrig zu huldigen, nur thun sie dieses nicht in Bezug auf Ostindien. Lähmung auf wirtschaftlichem Gebiet zeigt sich denn auch überall; der Wohlstand der arbeitenden und mittleren Classen nimmt im Großen und Ganzen nicht zu; die Arbeitslöhne sind nicht höher, als im Anfang dieses Jahrhunderts, und obgleich man dabei Vieles auf Rechnung des schon im vorigen Jahrhundert eingetretenen Rückschrittes in unserer commerciellen und industriellen Bedeutung zu schreiben hat, so steht doch fest, daß unsere Energie sich ohne den ostindischen Nothhelfer viel kräftiger entwickelt hätte. Es wäre ein neues Leben in unsere Erwerbsthätigkeit gekommen, wir hätten uns wirtschaftlich mehr gehoben, und bei einer sparsamen Haushaltung würden wir dann eher im Stande gewesen sein, das Gleichgewicht in unsern Finanzen wieder herzustellen.

So offenbaren sich die schädlichen Folgen der Colonialpolitik überall in unserm Volksleben. Man ist sich dessen allmählig auch in weiteren Kreisen bewußt, aber noch klammert man sich an diese alten Zustände krampfhast an. Es ist ein dumpfes Gefühl eigener Ohnmacht, das sich in dem oft wiederholten Ausrufe kundthut: „Nimmt man uns Ostindien, so sind wir verloren!“ Selbst bis in unsere auswärtige Politik kann man diesen Einfluß verfolgen. Schon im Jahre 1830 wußte König Wilhelm I., daß England und Frankreich die Trennung Belgiens von Holland beschlossen hatten und daß sich

die übrigen Großmächte derselben nicht kräftig widersehen würden. Aber Wilhelm weigerte sich hartnäckig, diese Trennung anzuerkennen und blieb noch Jahre lang gewaffnet. Hätten ihm die indischen Ueberschüsse nicht damals die Mittel zu einer solchen Handlungsweise verschafft, die sich häufen- den Staatsschulden würden den eigenfinnigen Fürsten beträchtlich früher zur Einsicht gebracht haben.

So ist es immer derselbe Refrain, bei welchem man bei Besprechung unseres holländischen Colonialsystems ankommt: Womit sollen wir unser Deficit decken, wenn Indien uns nicht zu Hilfe kommt? Wesentlich aus diesem Grunde ist eine Lösung dieses Problems bis jetzt nicht erfolgt. — Ganz unthätig sind wir darum doch nicht geblieben. Seit mehreren Jahren hat man sich damit beschäftigt, vorläufig einigen besonders krassen Uebelständen abzuhelpfen. Die Tendenz, welche seit 1848 bei unserer Regierung mehr und mehr zur Geltung gekommen ist und deren Einfluß sich selbst die conservativen Ministerien nicht entziehen konnten, ist dahin gerichtet, den Javanen die schwere Last, welche sie tragen, mindestens erträglicher zu machen. Es herrscht auch nicht mehr so viel Willkür und Maßlosigkeit als früher, es ist eine Wendung zum Bessern in die indischen Zustände gekommen. Wir nähern uns mehr und mehr der Ueberzeugung, daß mit dem Princip, Indien auf orientalische Weise zu regieren, nicht weiter zu kommen sei und daß die Gesetze gesunder europäischer Staatsöconomie auch im Osten die richtigen sind. Aber das Grundprincip, auf welchem das „Cultursystem“ beruht, ist bis jetzt nicht angetastet worden; noch immer ist der Arbeitszwang in voller Blüthe, der Verwaltungsbeamte zugleich Richter. Und was das Schlimmste ist: wir eignen uns den sauer verdienten Lohn der Javanen an, ohne für ihre Entwicklung Etwas zu thun. Haben wir doch noch vor einigen Wochen erleben müssen, daß die Kammern nur höchst ungern in eine Zinsengarantie für eine indische Eisenbahn willigten. Der Holländer ist bedächtig und langsam, und es scheint auch bei ihm der Zeit zu bedürfen, ehe er mit einem System wirklich bricht, das er zwar verurtheilen muß, das aber doch ein Mal Früchte getragen hat. Die sogenannte radicale Partei, d. h. die Partei, welche eine gänzliche Veränderung unserer Colonialpolitik verlangte — hat zur Zeit so wenig Einfluß in den Kammern und bei der Regierung, daß zunächst eine Entscheidung noch nicht zu erwarten steht. Unter den gegenwärtigen Umständen würde kein Colonialminister mit einem radicalen Programm vor die Kammern zu treten wagen. Die Conservativen haben eine einflussreiche Stütze an den vielen aus Indien zurückgekehrten Beamten und an den Zuckerunternehmern, die drüben ihr Glück gemacht haben und deshalb das alte System mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln vertheidigen. Sie besitzen eine ansehnliche Minorität in den Kammern. Die Liberalen, die bis zum zweiten Ministerium Thorbecke (1862) unter der Lei-

tung dieses Staatsmannes in geschlossenen Reihen standen, sind seit dem Fall dieses Cabinets in Uneinigkeit gerathen, was ihre Macht trotz der Majorität in den Generalstaaten lähmt. Im Ganzen wäre eine Neubildung dieser Partei überhaupt sehr wünschenswerth. Ihre alte Phalanx bestand zu einem großen Theil aus den Schülern Thorbecke's, der seiner Zeit bekanntlich Professor in Leyden war. Thorbecke's Werk, die Constitution von 1848, besteht nunmehr 21 Jahre, ohne daß irgend eine zeitgemäße Neuerung an derselben vorgenommen oder auch nur einer der erwiesenen Mängel abgestellt worden wäre. Ob eine Neugestaltung der liberalen Partei zum gewünschten Ziele führen wird, oder ob sich eine neue Partei bilden muß, um uns in zeitgemähere Bahnen zu treiben, bleibt dahin gestellt.

Conservative sowohl wie Liberale — unsere beiden großen Parteien — stehen gegenwärtig auf keinem festen Boden; beider Streben ist nicht deutlich ausgesprochen, deshalb verlieren sie sich in unendliche Zänkereien über kleinliche Fragen, deshalb streiten sie um Besetzung der Ministerien und lassen auf diese Weise die kostbare Zeit ungenützt vorbei gehen. Von dem in hohem Alter stehenden Herrn Thorbecke ist eine Reorganisation, wie sie die Umstände fordern, wohl kaum mehr zu erwarten.

Makart's „Sieben Todsünden“ oder die Pest in Florenz.

Die grünen Blätter haben das Makart'sche Bild: „Die sieben Todsünden“ noch nicht erwähnt; dieser Umstand mag mich entschuldigen, wenn ich, so vielen Berichten nachhinkend, in ganz später Stunde hier mein Botum niederschreibe. Denn erst in diesen letzten Tagen hatte ich Gelegenheit, das vielgepriesene und vielgeschimpfte Werk in Köln zu sehen, wo es im Gertrudenhofe für einige Zeit ausgestellt wird. Meine Erwartungen waren ziemlich hoch gespannt. Mit keiner Kunstschöpfung hatte sich seit Jahren die öffentliche Meinung so viel beschäftigt, über keine sind so schroff sich widersprechende Urtheile laut geworden, wie über das Makart'sche Gemälde. Sowohl das Interesse, welches viele Kreise an dem Bilde nahmen, wie der Widerstreit der Ansichten mahnte mich an die Zeit, als Gallait's und Biévre's bekannte Werke ihren Kundgang durch Deutschland machten und überall, wohin sie kamen, ebenso begeisterte Verehrer wie erbitterte Gegner fanden. Nur daß damals ausschließlich künstlerische Gründe die Urtheile motivirten, bei dem Makart'schen Bilde auch noch